

Siegener
Friedensbote



Stimmen zu Gaza

Materialien zur politischen Bildung



Zentrum für Friedenskultur
2009

Impressum

Zentrum für Friedenskultur

Kölner Str. 11

57072 Siegen

0271-2382521/-20596

info@zfk-siegen.net

www.friedenskultur.de

© ZFK Januar 2009



Stimmen zu Gaza

Materialien für die politische Bildung

Zusammengestellt durch Wolfgang Popp

Inhalt

Wolfgang Popp:
Vorwort

Deutsche Juden und Jüdinnen sagen NEIN
zum Morden der israelischen Armee

Pax Christi
Wir fordern eine andere Nahostpolitik

Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt
Offener Brief an die Bundeskanzlerin

Ismael Haniyeh:
Meine Botschaft an den Westen

Britische Wissenschaftler:
Erklärung zu Gaza

Gerald Kaufman, Labourabgeordneter:
Rede im Londoner Unterhaus

Carsten Kühntopp:
Israel hat aus Gaza ein zweites Somalia gemacht

Jürgen Cain Külbel:
„Deutsche Wertarbeit“

Johan Galtung:
Israel, Palästina, Naher Osten

Bernhard Nolz:
Krieg und Frieden in Siegen

Wolfgang Popp Vorwort

Seit dem 27. Dezember 2008 fiel die israelische Armee mit ungeheurer Waffengewalt in den Gazastreifen ein und brachte ca. 1300 palästinensische Menschen, darunter hunderte Kinder ums Leben. Sie zerstörte ca. 22.000 Wohnungen, mehrere Krankenhäuser und Moscheen und viele Gebäude, die der Versorgung der Bevölkerung dienten. Das ist eine Tatsache, die von niemandem bestritten werden kann und die von den Vereinten Nationen bestätigt wird.

Dennoch brach in der deutschen Bevölkerung, in der deutschen Friedensbewegung und auch in Siegen alsbald Streit darüber aus, wie man diese Tatsache zu beurteilen habe. Gefordert wurde eine „ausgewogene“ Beurteilung, die auch die Kriegshandlungen der palästinensischen Seite entsprechend würdigt bzw. verurteilt. Das Zentrum für Friedenskultur Siegen lehnt jede Gewaltausübung ab, zumal Waffengewalt. Das war so bei unseren Aktionen gegen den Balkankrieg in seinen verschiedenen Phasen, gegen die beiden Irakkriege, gegen den Afghanistankrieg, gegen die diversen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Und es war so, bei unseren Aktionen gegen die gewalthaltige Besetzung palästinensischen Bodens durch Israel, gegen den völkerrechtswidrigen Bau von Siedlungen, gegen den Bau einer Mauer, die tief in palästinensisches Land getrieben wird und die Entstehung eines palästinensischen Staates auf einem geschlossenen Territorium verhindert. Es ist so, bei unserer Verurteilung der Gewaltakte des palästinensischen Widerstands und bei der Verurteilung des israelischen Massakers in Gaza.

Die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit kritisierte dagegen in einer öffentlichen Stellungnahme die „wiederholte Positionierung des Zentrums und seiner Repräsentanten mit Blick auf den Krisenherd im Nahen Osten“ und kündigte „den Kontakt zum und jede Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Friedenskultur mit sofortiger Wirkung“ auf. (Presseerklärung vom 12.1.2009).

Es bleibt der Gesellschaft unbenommen, unsere „Positionierung“ zu kritisieren und eine eigene „Positionierung“ einzunehmen. Dass sie den Kontakt zum Zentrum für Friedenskultur „aufkündigt“ und dies auch noch öffentlich macht, scheint uns allerdings ein Anzeichen von Unfriedlichkeit zu sein, das mit den Frieden fördernden Zielen der Gesellschaft unvereinbar ist: Frieden wird nur da, wo Kontakt durch Gespräch vorhanden ist. Das gilt für das friedliche Zusammenleben in Siegen ebenso wie für das friedli-

che Zusammenleben im Nahen Osten.

Diese Sammlung von „Stimmen zu Gaza“ will in die Siegerner Diskussion um die Pflicht zur „Ausgewogenheit“ ein bisschen frischen Wind von außen bringen. Es sind Stimmen, die in den deutschen Mainstream-Medien nicht zu hören sind. Aber sie zeigen die Vielfalt der Positionierungen von Menschen, die sich nicht verdummen lassen durch „political correctness“, wie sie auch in Siegen so gern ins Feld geführt wird, um missliebige Positionen zu verdammen.

Die Sammlung bietet Material für die politische Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich. Die Auseinandersetzung mit den Texten ermöglicht eine differenzierte und kritische Positionierung in der aktuellen Diskussion. Vor allem ermöglicht sie eine Weitung des Blicks auf das aktuelle Geschehen in Gaza, auf die Hintergründe und auf die realen Aufgaben einer radikal veränderten deutschen und europäischen Nahostpolitik.

Lehrerinnen und Lehrer können diese Materialien nutzen, um die Schüler und Schülerinnen zur Diskussion unterschiedlicher Positionen zum aktuellen Konflikt anzuregen und ihnen Hilfen anzubieten, eigene Positionen in diesem Konfliktfall zu gewinnen und daraus Konsequenzen für ihr Engagement in der aktuellen politischen Auseinandersetzung zu ziehen.

Deutsche Juden und Jüdinnen sagen NEIN zum Morden der israelischen Armee

Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom Samstag, 17. Januar 2009

Nach einer 18 Monate währenden Blockade, nach systematischer und umfassender Bombardierung eines unentrinnbar umschlossenen Landstreifens, der mit 1,5 Millionen Menschen der dichtest besiedelte Raum der Welt ist, nach einem Blutbad, das über 1000 Menschen in den Tod gerissen, Tausende schwer verletzt und die gesamte Bevölkerung von Gaza traumatisiert hat, nach den unsäglichen Zerstörungen, die seit dem 27. Dezember die Weltöffentlichkeit täglich entsetzen, - nach all diesem gibt es immer noch Stimmen, die diese Maßnahmen Israels als gerechtfertigt, human und notwendig bezeichnen.

Wir sind über diese Unmenschlichkeit erschüttert. Dass das europäische Judentum Opfer eines von Deutschland verübten mörderischen Unrechts wurde - gibt dies nun dem jüdischen Staat das Recht, Anderen Unrecht zu tun? Glauben deutsche Politiker wirklich, es sei eine Wiedergutmachung

der Ermordung unserer jüdischen Verwandtschaft, dass nun Israel haltlos und bindungslos alles machen darf, was ihm einfällt?

Wir appellieren an die deutsche Regierung darauf hinzuwirken, dass die EU-Kommission dem Morden in Gaza ein Ende setzt. Der Schlüssel zu einem Ende des Bombardements von Gaza und der erdrückenden jahrelangen Blockade Gazas durch Israel liegt bei der EU. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen mit Hamas, denn dies ist die gewählte Vertretung der Palästinenser. Hamas benutzt terroristische Methoden, aber das tut die gewählte Vertretung Israels auch, und zwar hundertfach effektiver. Israel kann durch Abschreckung nur einen Pyrrhusfrieden erzielen. Durch Verhandlungen über eine gerechte Lösung für die Palästinenser, ein Ende der Besiedlung der West Bank und der Blockade Gazas hätte Israel schon längst maximalen Schutz für die eigene Bevölkerung herstellen können: Einen dauerhaften Frieden. Dahin muss die internationale Gemeinschaft Israel bringen.

Galit Altshuler, Asaf Angermann, Esther Bejarano, Stacey Blatt, Prof. Dr. Michal Bodemann, Gideon Boss, Dr. Eliav Brand, Elias Davidsson, Prof. Dr. Almut Sh. Bruckstein-Coruh, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Hedy Epstein, Ursula Epstein, Erica Fischer, Ilil Friedman, Ruth Fruchtman, Iris Hefets, Dr. Ronit Land, Dr. Jean Joseph Levy, Jonathan Kaiser, Michal Kaiser-Livne, Dr. Kate P. Katzenstein-Leiterer, Felicia Langer, Mieciu Moshe Langer, Dr. Edith Lutz, Abraham Melzer, Petra Mendelsohn, Moshe Perlstein, Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin, Michael Riese, Prof. Dr. Paul Otto Samuelsdorff, Nirit Sommerfeld, Tanya Ury, Prof. Dr. Rolf Verleger, Dr. Susan Winnett, Barbara Wolterstädt

Pax Christi

Wir fordern eine andere Nahostpolitik!

Der jahrzehntelange ungelöste Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern gerät in eine immer ausweglosere Lage. Er wird zunehmend zu einem Konflikt zwischen muslimischer und westlicher Welt. Frieden rückt in weite Ferne. Denn ohne gleichrangige Berücksichtigung der Rechte der Palästinenser wird es niemals Frieden für Israel geben.

Bundeskanzlerin Merkel und die gegenwärtige Bundesregierung verhindern durch ihre uneingeschränkte Unterstützung der israelischen Politik, dass Deutschland und Europa ihre Verantwortung für eine Lösung dieses Konflikts wahrnehmen.

Wir fordern deshalb eine andere deutsche Nahostpolitik, die sich am Völkerrecht orientiert und sich ernsthaft um einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden Völkern bemüht.

Insbesondere fordern wir die Bundesregierung auf,

- die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und das Ende der Besetzung des Westjordanlandes, Ostjerusalems und Gazas zu einem vordringlichen Ziel der deutschen Nahostpolitik zu machen,
- den Abbau der völkerrechtswidrigen Sperranlagen, Siedlungen und Checkpoints auf palästinensischen Gebiet im Westjordanland zu verlangen,
- bei der Beurteilung des Konflikte für beide Seiten gleiche Maßstäbe anzulegen: gleiche Sicherheit, gleiche Selbstbestimmung, gleiche Freizügigkeit,
- die gewählten Vertreter des palästinensischen Volkes vorbehaltlos anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln, auch wenn man ihre politische Vorstellung nicht teilt,
- sich für die Freilassung der politischen Gefangenen, darunter gewählte Parlamentarier, einzusetzen.
- keine Waffen in die Konfliktregion zu liefern.

**Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt
Offener Brief**

Berlin, den 1. Januar 2009

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
als Botschafter und Diplomaten im Ruhestand der vormals beiden deutschen Staaten im Nahen und Mittleren Osten fordern wir Sie auf, von der Regierung Israels unverzüglich die sofortige Einstellung der Bombardierung Gazas sowie die Unterlassung jeglicher weiterer militärischer Angriffe gegen diesen Teil Palästinas und seine Zivilbevölkerung zu verlangen.

Auch wir halten den Raketenbeschuss israelischer Zivilbevölkerung seitens Hamas und anderer palästinensischer Organisationen für völkerrechtswidrig. Doch die Ursachen dafür lassen sich nicht durch militärische Aktionen Israels, wie schon mehrmals versucht, beseitigen. Dafür ist eine

politische Lösung des Nahostproblems auf der Grundlage der UNO-Resolutionen, insbesondere jener, die den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten verlangen, erforderlich. Deshalb teilen wir Ihnen unumwunden mit, dass Sie mit Ihrer offiziellen Rechtfertigung dieser brutalen israelischen Militäraktion bei Weitem nicht die Position aller Deutschen vertreten. Die gezielten, seit Langem vorbereiteten Angriffe auf Zivilisten und medizinische Einrichtungen in Gaza werden vielmehr in der Zivilgesellschaft der Bundesrepublik breit verurteilt, denn sie sind inhuman und verletzen das internationale Menschenrecht.

Ihre Rechtfertigung verdeckt das eigentliche Ziel der israelischen Regierung: die physische Vernichtung einer in demokratischen Wahlen erfolgreichen palästinensischen Partei, die wegen ihrer islamistischen Orientierung von Israel, den Staaten des Westens, darunter die EU und Ihre Regierung, seit Jahren boykottiert wird und gegen welche die israelische Regierung die palästinensische Bevölkerung durch Blockaden und Aushungern aufzubringen trachtet. So soll ein zwar unbequemer aber unumgänglicher palästinensischer Akteur einer Konfliktregelung ausgeschaltet werden.

Wir verurteilen den Raketenbeschuss ziviler israelischer Siedlungen durch extremistische palästinensische Gruppierungen, verwechseln aber nicht, wie Sie, Frau Bundeskanzlerin, Ursachen und Wirkungen der jahrzehntelangen Konfrontation zwischen Israel und dem palästinensischen Volk. Zwar wurde diesem endlich das Recht auf einen eigenen Staat zuerkannt, seine Schaffung jedoch bisher unterlaufen. Zu den Ursachen und Wirkungen gehört auch, dass aus deutscher Holocaustschuld sich Verantwortung gegenüber jüdischen *und* palästinensischen Schicksalen herleitet.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wiederholen Sie jetzt nicht den Fehler der Bundesregierung, den diese vor zwei Jahren anlässlich des israelischen Einmarsches in den Libanon beging, als sie hohe Menschenopfer in der Zivilbevölkerung und schwere Zerstörungen tolerierte, um der israelischen Regierung Zeit für den Krieg gegen Hisbollah zu verschaffen. Auch damals wurde das Vorgehen der gleichen israelischen Regierung mit der Geiselnahme israelischer Soldaten gerechtfertigt. Diese einseitige Positionnahme bezahlte Deutschland mit einem hohen Sympathieverlust in der gesamten arabischen Welt. Er droht sich nun nochmals zu verstärken und die Handlungsspielräume der Bundesrepublik als Akteur für eine seit langem überfällige Friedenslösung weiter einzuengen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Sie unterstützen mit Ihrer Rechtfertigung des israelischen Vorgehens eine Politik, die zu weiterer Gewalteska-

lation, zu mehr Leid auf den israelischen und palästinensischen Seiten führt, Israel nicht zur Akzeptanz in der Region verhilft und den Nahostkonflikt ungeregelt lässt. Daher fordern wir Sie auf:

1. sich einzusetzen für eine sofortige Beendigung der Bombardierungen Gazas;
2. Israels Regierung dazu zu veranlassen, die Blockade des Gazastreifens dauerhaft aufzuheben, die durch ihre Bombardements Verwundeten zu versorgen, ihnen den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung in Krankenhäusern zu ermöglichen, die Neutralität medizinischer Einrichtungen zu schützen und die Einfuhr sämtlicher benötigten medizinischen Güter zu genehmigen;
3. sich für die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Israel und Hamas ohne Vorbedingungen einzusetzen;
4. eine sofortige Zusammenkunft des Nahost-Quartetts zu initiieren, um die Regelung der israelisch-palästinensischen sowie israelisch-arabischen Konflikte vor einem erneuten toten Punkt zu bewahren;
5. Gespräche mit allen arabischen Staaten und einflussreichen Bewegungen, einschließlich islamischer, wie Hisbollah und Hamas, einzuleiten mit dem Ziel, die auf deren Seite vorliegenden Friedensvorschläge, insbesondere die Saudi-Arabiens, in den Regelungsprozess des Nahostkonflikts sowie für die Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit in der nah- und mittelöstlichen Region einzubeziehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung,
Sprecher der Initiative „Diplomaten für den Frieden mit der islamischen Welt“

Dr. Arne C. Seifert, Botschafter a.D.

c/o: Dr. Arne C. Seifert, Groß Fredenwalde 49, 17628 Gerswalde, Germany, E-Mail: A.u.P.Seifert@t-online.de; Peter Mende, Postfach 121204, 10606 Berlin, Germany; E-Mail: pemell@freenet.de

Ismael Haniyeh

Meine Botschaft an den Westen

Gaza - Ich schreibe diesen Artikel für westliche Leser aller sozialen Schichten und politischen Anschauungen, während die israelische Kriegs-

maschine damit fortfährt mein Volk in Gaza zu massakrieren. Bis jetzt wurden annähernd 1.000 von ihnen getötet, fast die Hälfte von ihnen Frauen und Kinder. Die Bombardierung der UNRWA-Schule (UN Relief Works Agency - Hilfswerk der UN) im Flüchtlingslager von Jabalya war eines der abscheulichsten Verbrechen, das man sich vorstellen kann, da Hunderte von Zivilisten ihre Häuser verlassen hatten und Zuflucht in der internationalen Einrichtung suchten, nur um dort von Israel gnadenlos mit Granaten beschossen und bombardiert zu werden. 64 Kinder und Frauen wurden bei diesem hinterhältigen Angriff getötet und Hunderte verwundet.

Eindeutig hat Israels Rückzug aus Gaza im Jahr 2005 die Besetzung nicht beendet und als Folge auch nicht seine internationalen Verpflichtungen als Besatzungsmacht. Israel kontrollierte und beherrschte weiterhin unsere Grenzen an Land und zu Wasser sowie unseren Luftraum. Die Vereinten Nationen bestätigten, dass die israelische Armee zwischen 2005 und 2008 annähernd 1.250 Palästinenser, darunter 222 Kinder in Gaza getötet hat. Während des größten Teils dieses Zeitraums blieben die Grenzübergänge *de facto* geschlossen, und nur begrenzte Mengen an Nahrungsmitteln, Brennstoff für die Industrie, Tierfutter und einige wenige andere wesentliche Güter konnten die Grenze passieren.

Trotz Israels verzweifelter Versuche dies zu verbergen, sind die eigentliche Ursache dieses kriminellen Krieges gegen Gaza die Wahlen vom Januar 2006, bei denen Hamas einen deutlichen Sieg davontrug. In der Folge taten sich Israel, die Vereinigten Staaten und Europa zusammen und versuchten den demokratisch zum Ausdruck gebrachten Willen des palästinensischen Volkes zu brechen. Sie gingen daran die Entscheidung der Wähler umzukehren, indem sie zunächst die Bildung einer nationalen Einheitsregierung blockierten und dann dem palästinensischen Volk das Leben zur Hölle machten, indem sie die Wirtschaft strangulierten. Das elende Scheitern all dieser Machenschaften führte schließlich zu diesem grausamen Krieg. Israels Ziel ist es alle Stimmen zum Verstummen zu bringen, die den Willen des palästinensischen Volkes zum Ausdruck bringen. Danach will es seine eigenen Vorstellungen von einer endgültigen Lösung durchsetzen und uns unseres Landes berauben, unseres Rechts auf Jerusalem als der rechtmäßigen Hauptstadt unseres zukünftigen Staates und des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat zurückzukehren. Schließlich verhinderte die vollständige Abriegelung Gazas, die eindeutig gegen die vierte Genfer Konvention verstieß, dass unsere Krankenhäuser noch nicht einmal mit den notwendigsten medizinischen Gütern versorgt wurden. Sie unterband die Versorgung unserer Bevölkerung mit Treibstoff und Elektrizität. Und als Krönung der Unmenschlichkeit nahm

die Belagerung den Menschen Essen und Bewegungsfreiheit, und sei es auch nur um medizinische Behandlung zu suchen. Dies führte zu dem vermeidbaren Tod von Hunderten von Patienten und einem Ansteigen der Unterernährung bei unseren Kindern. Die Palästinenser sind schockiert, dass die Mitglieder der Europäischen Union diese widerwärtige Belagerung nicht als eine Aggression ansehen. Trotz überwältigender Beweise behaupten sie schamlos, dass Hamas diese Katastrophe über das palästinensische Volk gebracht habe, weil sie den Waffenstillstand nicht erneuert hätte. Wir aber fragen: Hat Israel die Bedingungen des Waffenstillstands eingehalten, der im Juni durch Vermittlung Ägyptens geschlossen wurde? Das tat es nicht. Die Vereinbarung beinhaltete eine Aufhebung der Blockade und ein Ende der Angriffe in Westbank und Gazastreifen. Obwohl wir uns vollständig an das Abkommen gehalten haben, setzten die Israelis das Morden an Palästinensern in Gaza ebenso wie in der Westbank fort - in diesem Jahr, das als das Jahr des Friedens von Annapolis bekannt wurde.

Keine der Greuelthaten gegen unsere Schulen, Universitäten, Moscheen, Ministerien und andere Teile unserer zivilen Infrastruktur wird uns davon abhalten, unsere nationalen Rechte zu verfolgen. Ohne jeden Zweifel kann Israel jedes Gebäude im Gazastreifen zerstören, aber es wird niemals unsere Entschlossenheit oder Beharrlichkeit beseitigen, in Würde auf unserem Land zu leben. Wenn es kein Kriegsverbrechen ist, Menschen in ein Haus zu treiben um es dann zu bombardieren, oder Phosphorbomben und -geschosse einzusetzen - was dann? Gegen wie viele weitere internationale Verträge und Konventionen muss Israel verstoßen, bevor es zur Verantwortung gezogen wird? Es gibt heute in der Welt keine Hauptstadt, in der freie und anständige Menschen nicht über diese brutale Unterdrückung empört sind. Weder Palästina noch die Welt werden nach diesen Verbrechen dieselben sein.

Es gibt nur einen Weg nach vorne und keinen anderen. Unsere Bedingung für einen neuen Waffenstillstand ist klar und einfach. Israel muss seinen kriminellen Krieg und das Gemetzel an unserem Volk beenden, die illegale Blockade des Gazastreifens vollständig und bedingungslos aufheben, all unsere Grenzübergänge öffnen und sich vollständig aus Gaza zurückziehen. Danach werden wir über weitere Schritte nachdenken. Die Palästinenser sind ein Volk, das für die Befreiung von Besatzung und die Gründung eines unabhängigen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt sowie die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Dörfer kämpft, aus denen sie vertrieben wurden. Was auch immer der Preis ist - die Fortsetzung von Israels Massakern wird weder unseren Willen brechen noch unsere Hoff-

nung auf Freiheit und Unabhängigkeit.

(Ismael Haniyehist, Premierminister der palästinensischen Regierung in Gaza – Quelle: <http://www.independent.co.uk>)

Britische Wissenschaftler Erklärung zu Gaza

Die Massaker in Gaza sind die letzte Phase eines Krieges, den Israel seit mehr als 60 Jahren gegen die Menschen Palästinas führt. Das Ziel dieses Krieges hat sich nie geändert: die überwältigende Militärmacht zu nutzen, um die Palästinenser als politische Kraft auszumerzen, eine Kraft, die fähig ist, sich der permanenten Aneignung ihres Landes und ihrer Ressourcen zu widersetzen. Israels Krieg gegen die Palästinenser hat Gaza und die Westbank in zwei gigantische politische Gefängnisse verwandelt. Es gibt keinerlei Symmetrie in diesem Krieg hinsichtlich der Prinzipien, der Taktik und Wirkungen. Israel ist verantwortlich dafür, ihn begonnen und intensiviert zu haben und für die Beendigung der jüngsten Kampfpause. Israel muss verlieren. Es reicht nicht aus, einen weiteren Waffenstillstand oder mehr humanitäre Hilfe zu fordern. Es reicht nicht aus, auf die Wiederaufnahme des Dialogs zu drängen und die Belange und das Leiden auf beiden Seiten zur Kenntnis zu nehmen. Wenn wir an die Prinzipien von Demokratie und Selbstbestimmung glauben, wenn wir das Recht akzeptieren, gegen militärische Aggression und koloniale Besatzung Widerstand zu leisten, dann ist es unsere Pflicht, Partei zu ergreifen (...) gegen Israel und für die Menschen in Gaza und der Westbank. Wir müssen tun, was wir können, um Israel zu hindern, seinen Krieg zu gewinnen, Israel muss anerkennen, dass seine Sicherheit von Gerechtigkeit und friedlicher Koexistenz mit seinen Nachbarn abhängt und nicht vom verbrecherischen Einsatz von Gewalt. Wir glauben, Israel sollte seinen Angriff auf Gaza unverzüglich und bedingungslos beenden, die Besatzung der Westbank; beenden, jeden Anspruch auf Besitz oder Kontrolle von Gebieten jenseits der Grenzen von 1967 aufgeben. Wir rufen die britische Regierung und die britische Bevölkerung auf, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um Israel durch Initiierung eines Programms aus Boykott, Desinvestition und Sanktionen dazu zu bringen, diese Forderungen zu befolgen.
(aus: Guardian, 16.1.2009)

Gerald Kaufman, Labourabgeordneter:

Rede im Londoner Unterhaus (Auszüge)

Ich wurde als orthodoxer Jude und Zionist erzogen. (...) Meine Eltern kamen als Flüchtlinge aus Polen nach Großbritannien. Die meisten ihrer Familienangehörigen wurden später von den Nazis beim Holocaust ermordet. Meine Großmutter lag krank im Bett, als die Nazis in ihre Heimatstadt Staszow kamen. Ein deutscher Soldat erschoss sie im Bett. Meine Großmutter starb nicht, um israelischen Soldaten Deckung zu geben, wenn sie palästinensische Großmütter in Gaza ermorden. Die gegenwärtige israelische Regierung nutzt in rücksichtsloser und zynischer Weise die fortbestehenden Schuldgefühle bei Nichtjuden wegen des Abschlachtens von Juden im Holocaust aus, um ihren Mord an Palästinensern zu rechtfertigen. Dies impliziert, dass jüdische Leben kostbar sind, aber die Leben von Palästinensern nicht zählen. Vor einigen Tagen wurde auf Sky News die Sprecherin der israelischen Armee, Majorin Leibovich, zur israelischen Tötung von seinerzeit 800 Palästinensern befragt - die Gesamtzahl liegt jetzt bei 1000. Sie erwiderte prompt, dass „500 davon Militante waren“. Das war die Antwort eines Nazis.
(aus: junge Welt 15.1.2009)

Carsten Kühntopp, ARD-Hörfunkstudion Amman: Israel hat Gaza zu einem zweiten Somalia gemacht

Jetzt, wo die Waffen schweigen, wird für die Palästinenser im Gazastreifen das ganze Ausmaß der Zerstörungen sichtbar. Die Menschen stochern durch die Trümmer, ziehen Leichen hervor, setzen die Toten bei. Es gibt mehr als 1300 Todesopfer, Hunderte davon sind Kinder. Kaum vorstellbar, dass aus so viel Zerstörung, aus so viel Bösem, jemals etwas Gutes erwachsen kann.

Die Israelis sagen, nun müsse der Waffenschmuggel in den Gazastreifen unterbunden werden. So wolle man eine Wiederbewaffnung von Hamas und weiteren Raketenbeschuss verhindern. Die Bundeskanzlerin sieht das ähnlich, wie sie in Scharm El-Scheich und Jerusalem sagte. Offenbar spielt Angela Merkel mit dem Gedanken, technische Hilfe, Beobachter, vielleicht sogar die Marine zu schicken. Die Kanzlerin hat aus den fürchterlichen letzten drei Wochen nichts gelernt. Es geht nicht darum, dass Palästinenser Raketen nach Südisrael geschossen haben. Das war nur der Vorwand, den die Israelis selbst provozierten, mit ihrem kalkulierten,

massiven Bruch der .Waffenruhe Anfang November. Tatsächlich war der Krieg ein unmissverständliches Zeichen, was denen droht, die sich Israel widersetzen.

Israels Abriegelung des Gazastreifens begann 1991, vor den ersten Selbstmordanschlägen, und gipfelte vor zwei Jahren in einer völligen Blockade. Die Europäische Union unterstützte diese Politik (...). In der Weltgeschichte gab es das zuvor noch nie: Nicht etwa der Besatzer, Israel, wird mit Sanktionen belegt, sondern der Besetzte, die Palästinenser. In Brüssel, in den europäischen Hauptstädten, glaubte man allen Ernstes, dass es Frieden und Sicherheit für Israel bringt, wenn man anderthalb Millionen Menschen an seiner Südwestflanke die Chance nimmt, ein Leben in Würde zu führen, wenn man ihre Wirtschaft zerstört und sie gezielt zu Wohlfahrtsempfängern macht. (...)

Es bringt nichts, an den Symptomen herumzudoktern, also dem Waffenschmuggel - man muss die Krankheit angehen, also die Blockade und die seit 1967 andauernde Besatzung. Die Abriegelung des Gazastreifens ist völkerrechtswidrig und kontraproduktiv und muss beendet werden, ein für allemal.

Israels Präsident Schimon Peres erzählt seit Jahren, dass aus Gaza ein zweites Singapur werden könnte; doch das, was sein Land bisher in Gaza angerichtet hat, sieht eher nach einem zweiten Somalia aus.

(aus: junge Welt, 15.1.2009)

Jürgen Cain Kübel: „Deutsche Wertarbeit“

Hiesige Rüstungsindustrie an Israels Vernichtungskrieg in Gaza beteiligt

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) erklärte am Montag in London, es sei nun „klar und unbestreitbar“, dass Israels Armee „weißen Phosphor weit verbreitet“ in dichtbesiedelten Wohngebieten in Gaza-Stadt und im Norden des Streifens eingesetzt habe. „Wir haben die mit Beweisen übersäten Straßen und Gassen gesehen; einschließlich noch brennender Phosphorrückstände und Granatenüberreste“, so AI-Waffenexperte Christopher Cobb-Smith, der mit einem Team dort war. „Der Einsatz in dichtbesiedelten Gebieten treffe unweigerlich auch Zivilpersonen, dies sei ein Kriegsverbrechen, betonte dessen Kollegin Donatella Rovera. Denn der direkte Einsatz der fürchterlichen Waffe, die schwerste Verbrennungen der Haut sowie Schädigungen an Leber, Herz und Nieren verursacht, ist laut Genfer Konvention in ziviler Umgebung ver-

boten.

AI hatte zudem an die UNO appelliert, ein vollständiges Waffenembargo gegen alle Beteiligten am Terrorüberfall auf Gaza zu verhängen. Malcolm Smart, Direktor des AI-Programms Mittlerer Osten und Nordafrika, forderte unter Anspielung auf die an Israel gelieferte „ausländische Warfentechnik und andere militärische Ausrüstung“:

„Das letzte, was jetzt gebraucht wird, sind mehr Waffen und Munition in dieser Region.“ Smart verwies auf die Hamburger Reederei Oskar Wehr, deren Containerschiff „MS Wehr Elbe“ vom US Military Sealift Command gechartert wurde und am 20. Dezember 2008 die USA mit 989 Containern voller Sprengstoff und Munition via Griechenland in Richtung des israelischen Hafens Aschdod verließ. Griechische Aktivisten verhinderten den Weitertransport. Zwei weitere vom Pentagon am 31. Dezember 2008 abgesegnete Schiffstransporte mit 325 Containern US-Munition wurden ebenfalls nach internationalem Druck gecancelt. Unterlagen zeigten indes, so AI, »daß die Schiffsladungen >Weißen Phosphor< enthielten«. Die Reederei Wehr bezog nach Anfrage von „junge Welt“ keine Stellung. Deutschlands Rüstungsindustrie war in erheblichem Maße am Vernichtungskrieg in Gaza beteiligt. Hiesige Kriegstechnik findet sich in allen drei israelischen Teilstreitkräften, ob Heer, Marine oder Luftwaffe. Schon 2002 berichtete der *Spiegel*, dass „Israel 120 sogenannte sicherheitsrelevante Exportgüter in Deutschland“ einkaufte. Darunter auch die Technologie für die in der „Bodenoffensive“ eingesetzten Kampfpanzer Merkava Type 3 und Type 4, deren Motoren von der vormaligen deutschen Motoren- und Turbinen-Union Friedrichshafen (MTU) entwickelt wurden, wie der Hamburger Politologe Munir Lada'a recherchierte. Nunmehr in den USA in Lizenz produziert, werden sie von dort an Israel verscherbelt. Für die Panzergetriebe sorgt das Augsburger Kriegsunternehmen Renk AG. Und Kupplungen und Stabilisierungs-elektronik, die es den Panzern in Gaza ermöglichten, bei voller Fahrt auf unebenem Gelände „präzise“ zu feuern, werden ebenso in deutschen Rüstungsfabriken produziert. Für das „präzise Töten“ ist auch die Firma Rheinmetall, Düsseldorf, mitverantwortlich, denn die entwickelte und lieferte die 120-Millimeter-Glattrohr-Kanonen für sämtliche Merkavas. Rheinmetall und IDB-Deisenroth in Lohmar bauten die Panzerung für die Tanks, wogegen die Elektronik der Kriegsmaschinen aus der ehemaligen AEG-Rüstungsschmiede stammt.

Auch die israelischen Kampfhubschrauber vom Typ Apache (AH-64) und die F-16-Kampflugzeuge, die die Zivilbevölkerung in Gaza erbarungslos bombardierten, sind mit deutschen Infrarotmodulen zur „exak-

ten“ Zielerfassung bestückt. Und die aus MTU-Produktion stammenden Dieselmotoren der israelischen Schnellboote und Korvetten machten den Beschuss der Bevölkerung von Gaza von der Seeseite her möglich.

Allein während der Regierungszeit •von „Rot-Grün“ zwischen 1999 und 2005 schickte Deutschland Waffen im Wert von 1,04 Milliarden Dollar an Israel. Alle Direktlieferungen, auch wenn es sich um Komponenten für Waffensysteme oder Lizenzvergaben handelt, erfolgen selbstverständlich nur nach vorheriger Genehmigung durch die Bundesregierung. (aus: junge Welt, 17.1.2009)

Johan Galtung Israel/Palästina/Naher Osten : Eine TRANSCEND-Perspektive

Für Israel und Palästina gibt es am Ende dieser Straße der Gewalt keine Sicherheit, sondern nur eine Zunahme an Gewalt und Unsicherheit. Israel befindet sich jetzt in der gefährlichsten Periode seiner Geschichte. Zunehmend militarisiert, nicht zu gewinnende Kriege führend, zunehmend isoliert mit immer mehr Feinden, der Gewalt ausgesetzt, gewaltfreier Widerstand und Boykott von innen und außen, die USA werden früher oder später ihre Unterstützung von Zugeständnissen abhängig machen. Die grundlegende innere und äußere Veränderung in Südafrika kommt einem in den Sinn:

Israels moralisches Kapital wird schnell abgewertet, wahrscheinlich ist es in den meisten Ländern schon negativ und es ändert sich allmählich in den USA.

Israel leidet an einem de facto Militärputsch. Die Wählerschaft hat die Wahl zwischen Generälen mit eng begrenzten Programmen. Gewalt und Unnachgiebigkeit der Israelis mobilisieren Widerstand .und Kampf in der arabischen und muslimischen Welt, wenn auch nicht im Sinn eines zwischenstaatlichen Krieges, so doch im postmodernen Sinn von Terrorismus gegen den israelischen Staatsterrorismus. Hoch motivierte Freiwillige, die darauf brennen, sich in den Kampf zu stürzen, stehen in unbegrenzter Zahl zur Verfügung. Früher oder später wird das auch die 18 Prozent der israelischen Araber einschließen.

Früher oder später kann das zu einem massiven gewaltfreien Kampf führen: 100 000 arabische Frauen in Schwarz, die auf Israel marschieren. Ein Wirtschaftsboykott könnte Israel auferlegt werden wie gegen Südafrika, der von den NGOs initiiert und von den örtlichen Behörden übernommen

men wurde, und kann, wie in Südafrika, moralisch bedeutsamer werden als wirtschaftlich. Die Politik der USA kann sich, auch wie im Fall Südafrika, ändern:

Wirtschaftlich: Israel wird eine Belastung angesichts der Handels/Öl-Probleme mit den arabischen Ländern, die die USA nicht mehr als dritte Partei anerkennen wollen, verbunden mit nahe bevorstehenden Boykotten und dem Druck, die Investitionen rückgängig zu machen.

Militärisch: Israel kann die USA in einen äußerst zweifelhaften Krieg verwickeln und Militärbasen gibt es auch anderswo (Türkei, Kosova, Mazedonien).

Politisch: Israel ist eine Belastung in den UN. Die EU und die NATO-Verbündeten werden gewaltsame Interventionen nicht legitimieren. Die USA könnten eine vernünftige Vereinbarung der Unterstützung eines Verlierers (des Schahs, Marcos') vorziehen.

Könnte dieses Friedenspaket für vernünftige Leute anziehender werden, wenn sich der Kontext auf die vorgesehene Weise veränderte?

1. Palästina wird nach Res. 242, 338 des Sicherheitsrates als Staat in den Grenzen vom 4. Juni 1967 anerkannt (mit etwas Austausch von Land).
2. Die Hauptstadt von Palästina ist Ostjerusalem.
3. Eine Middle East Community mit Israel, Palästina, Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien als Vollmitgliedern für Regelungen über Wasser, Waffen und Handel, die auf multilateralem Konsens beruhen, und eine Organisation für Sicherheit und Kooperation im Nahen Osten mit einer breiteren Basis.
4. Die Gemeinschaft wird finanziell und durch Sachwissen beim Aufbau von Institutionen durch die EU, die Nordische Gemeinschaft und ASEAN unterstützt.
5. Ägypten und Jordanien verpachten Land an Palästina.
6. Israel und Palästina werden Föderationen mit zwei israelischen Kantonen in Palästina und zwei palästinensischen Kantonen in Israel.'
7. Die beiden benachbarten Hauptstädte werden eine Städte-Konföderation und beherbergen regionale, UN- und ökumenische Institutionen.
8. Das Recht, nach Israel zurückzukehren, wird grundsätzlich akzeptiert, wobei die Zahlen innerhalb der Kantonformel ausgehandelt werden müssen.
9. Israel und Palästina haben gemeinsame und faire Wirtschaftsunternehmen, gemeinsame Friedenserziehung und gemeinsame Grenzpatrouillen.
10. Massive Stationierung von UN-Beobachtungs-Truppen.
11. Früher oder später ein Wahrheits- und Versöhnungs-Prozess.

Dieses Friedenspaket sollte nicht von einem Land oder einer Ländergruppe mediiert werden, sondern von einer Person oder einer Gruppe von Personen, die allgemein Achtung genießt/genießen.

(Aus: Johan Galtung u.a.: Neue Wege zu Frieden. Konflikte aus 45 Jahren: Diagnose, Prognose, Therapie, S. 259f.)

Bernhard Nolz

Frieden und Respekt in Siegen

Aachener Friedenspreis

Ich wurde im Jahr 2002 mit dem Aachener Friedenspreis geehrt. Diese Ehrung empfinde ich auch als eine Verpflichtung, meine Stimme für Frieden und Gerechtigkeit in Siegen und anderswo zu erheben, z.B. gegen den israelischen Krieg in Gaza 2008/2009.

Der Aachener Friedenspreis würdigt „Frauen, Männer und Gruppen, die „von unten her“ dazu beigetragen haben, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen, sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen.“

In diesem Sinne wurden seit 1991 vier Mal israelische und palästinensische Menschen und Gruppen mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet.

1991 wurden die Frauen in Schwarz aus Israel ausgezeichnet, die in Jerusalem und anderen Städten Israels seit Beginn der INTIFADA wöchentlich vor Beginn des Sabbats gegen die Besetzung der 1967 eroberten palästinensischen Gebiete demonstrieren.

1997 wurde die israelische Gruppe Gush Shalom mit Uri Avnery ausgezeichnet, die für die Rechte der Palästinenser auf einen eigenen Staat und für die Räumung der besetzten Gebiete durch Israel eintreten. Sie protestieren unablässig in gewaltfreien Aktionen z.B. gegen die Absperrungen der Palästinenser-Gebiete und die fortgesetzte Siedlungspolitik Israels. Der Mitbegründer und Sprecher der Initiative Uri Avnery kämpft schon seit Jahren für den Frieden zwischen Israel und den Palästinensern.

2003 wurde der Aachener Friedenspreis den Israelis Reuven Moskovitz und Nabila Espanioly verliehen. Den internationalen Preis erhalten Reuven Moskovitz und Nabila Espanioly, zwei Hoffnungsträger auf dem Weg zu Versöhnung und Frieden zwischen Juden und Palästinensern. Sie schweigen nicht zu den Menschenrechtsverletzungen vor Ort, vor denen wir in Europa nur zu gerne die Augen verschließen. Ihr unermüdlicher Einsatz zielt auf ein friedliches Zusammenleben der beiden tief verletzten Völker.

2008 erhält die israelische Frauenorganisation MachsomWatch gemeinsam mit dem Palästinenser und evangelischen Pfarrer der Weihnachtikirche in Bethlehem, Mitri Raheb, den internationalen Aachener Friedenspreis. Die Preisträger setzen sich auf ihre jeweils eigene Weise vorbildlich „von unten“ für den Frieden und für eine zivile und gewaltfreie Lösung von Konflikten ein.

MachsomWatch ist eine Freiwilligenorganisation israelischer Frauen. Sie wurde 2001 von drei Frauen gegründet, um den Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser an den Kontrollposten der israelischen Armee im besetzten Palästina entgegen zu treten.

Im seit mehr als vierzig Jahren besetzten Westjordanland gibt es gegenwärtig um die 580 Kontrollposten, Schranken und Straßensperren. Einige sind dauerhafte Kontrollstationen, andere sind bewegliche, so genannte „Fliegende Checkpoints“ oder auch unbemannte Durchgangssperren in Form von Betonblöcken, Gitterzäunen, Erdwällen oder Gräben. An dreißig dieser Kontrollposten (Checkpoints) im Westjordanland stehen die israelischen Frauen von MachsomWatch. Tag für Tag beobachten und dokumentieren sie das Verhalten der israelischen Soldaten und Polizisten und verteidigen die Menschenrechte der Palästinenser.

Getrennt von den israelischen MachsomWatch-Frauen durch eine acht Meter hohe Mauer mit noch höheren Wachtürmen setzt sich in Bethlehem Pfarrer Dr. Mitri Raheb für das friedliche Zusammenleben von Juden und Palästinensern ein. Für ihn als Christ gehört die „Feindesliebe“ dazu. „Den Feind zu lieben, heißt, in ihm trotz des Konfliktes Gottes Geschöpf zu erkennen, das ein Recht auf Leben, Vergebung und Liebe hat, nicht jedoch das Recht, Unrecht zu tun.“ Mitri Raheb unterhält vielfältige Beziehungen nach Deutschland, Skandinavien und in die USA. Im September 2007 hatte er eine bewegende Unterredung mit dem ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, die dazu beigetragen hat, dass Carter im April 2008 seine aufsehenerregende Nahostreise antrat. Neben seinen Aufgaben als Pfarrer entwickelte Mitri Raheb mit seiner Gemeinde in einem mit der Zeit erstaunlich gewachsenen Gebäudekomplex ein weit gefächertes Angebot an Bildungszentren, Betrieben und touristischen Einrichtungen für internationale Gäste. (www.aachener-friedenspreis.de)

Protest gegen das israelische Massaker

Die internationale Friedensbewegung, zu der der Aachener Friedenspreis genauso zählt wie das Zentrum für Friedenskultur Siegen, unterstützt seit Jahrzehnten die friedliebenden Kräfte in Israel und Palästina. Aber die Kriegostrategie der israelischen Staatsregierung, die die deutsche Merkel/Steinmeier-Regierung unterstützt, zeigt sich darin, dass sie die Friedensarbeit dieser Menschen und die dortige Friedensbewegung ignoriert und häufig sogar kriminalisiert, statt sie für Friedensprozesse zu nutzen. In Siegen finden sich wie überall in Deutschland MedienvertreterInnen bereit, die israelische Kriegspropaganda „nach zu beten“ und die Friedensbewegung zu diskriminieren.

Am 31.12.08 veranstaltet die Palästinensische Gemeinde Siegen eine Demonstration gegen die israelische Aggression. Die Information darüber erreicht mich am Vorabend, und am nächsten Tag überrascht mich die Bitte, dort ein Grußwort zu sprechen, der ich spontan gefolgt bin:

Bernhard Nolz: Lerne Menschlichkeit, Israel

Auf dieser Kundgebung der Palästinensischen Gemeinde Siegen überbringe ich euch als Aachener Friedenspreisträger und Geschäftsführer des Zentrums für Friedenskultur (ZFK) die solidarischen Grüße der Friedensbewegung.

Als Pazifisten verdammen wir jegliche Gewalt zur Lösung von Konflikten. In der jetzigen Situation stehen wir an der Seite der Palästinenser, denn der Krieg Israels gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen ist ein Verbrechen, das einer zivilisierten Nation unwürdig ist.

Wir sind froh, dass die Palästinensische Gemeinde die Initiative für eine Demonstration in Siegen ergriffen hat. Unsere Kundgebung reiht sich ein in den Tausendfachen Protest auf der ganzen Welt gegen die israelischen Kriegsverbrechen.

Im Rahmen des Siegener Gedenktages gegen den Krieg am 16.12. zeigt das Zentrum für Friedenskultur (ZFK) die Ausstellung: „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“. Damit wollen wir auf das 60-jährige Leid der Palästinenser aufmerksam machen. Wir wollen versuchen, die Ausstellung bis Ende Januar verlängern zu können, damit noch möglichst viele Menschen aus dem Siegerland die Möglichkeit erhalten, sich mit der Geschichte dieses Volkes auseinander zu setzen.

Aus der Geschichte des deutschen Volkes und der Geschichte des palästinensischen Volkes haben wir gelernt, den Krieg zu verdammen und die Kräfte des Friedens und der Versöhnung zu fördern!

Schon die israelische Blockade von Gaza, die die Palästinenser zum Tode verurteilt, widerspricht allen Regeln des politischen Anstandes und der Menschlichkeit. Es ist eine Schande, dass Deutschland und die EU solche völkerrechtswidrigen Gewaltakte unterstützen. Wir distanzieren uns auch von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Außenminister Steinmeier (SPD), die den Krieg der israelischen Armee gegen die Bevölkerung Palästinas für gerechtfertigt halten. Und wir fordern die Bundesregierung auf, die deutschen Soldaten aus Afghanistan abzuziehen, um auch dort den mörderischen Krieg gegen die Bevölkerung zu beenden.

Im Rahmen der Friedensarbeit haben wir in den letzten Wochen mit vielen Jugendlichen gesprochen und erfahren, dass sie über ein starkes Gerechtigkeitsempfinden verfügen und von den Politikern erwarten, dass sie mit

ihrer Politik für einen friedlichen Ausgleich der Interessen der Völker sorgen. Die Jugendlichen machen uns Mut, mit unseren gemeinsamen Bemühungen für den Frieden in der Welt nicht nachzulassen. Lerne Menschlichkeit, Israel! Palästina soll leben!“ (Der Redetext wurde nach dem Vortragen aufgeschrieben und als Presseerklärung versandt.)

Am 2. Januar 2009 erschien in der Westfälischen Rundschau ein Bericht:

Palästinenser-Gemeinde an Silvester:

Protest gegen Israel

Siegen. Rund 100 Teilnehmer versammelten sich an Silvester zu einer Demonstration, zu der die Palästinensische Gemeinde Siegen aufgerufen hatte.

Der Protest richtete sich gegen „das Dauerbombardement“ des Gaza-Streifens durch Israel, wie ein Redner betonte: „Ein Ende des Massakers — anders ist es nicht mehr zu bezeichnen — ist nicht in Sicht.“ Umso erstaunlicher sei die Tatsache, dass Bundesaußenminister Walter Steinmeier die israelische Regierung lediglich zu einer „Verhältnismäßigkeit“ aufgerufen habe: „Für das palästinensische Volk kommt diese Haltung der Bundesrepublik einer indirekten Unterstützung der Aggressoren gleich.

Die kurzzeitig angesetzte, von der Polizei genehmigte Demonstration in der Innenstadt, an der auch Martin Gräbener von der Linkspartei und Bernhard Nolz vom Zentrum für Friedenskultur teilnahmen, verlief ohne Zwischenfälle.

Chefredakteur Wolfgang Thomas fügte einen Kommentar hinzu:

Kommentar

Von Wolfgang Thomas

„Stoppt den barbarischen Krieg gegen das palästinensische Volk in Gaza“ forderten die rund 100 Demonstranten am Mittwoch auf der Siegplatte — und vergaßen, dass auch dieses Blatt zwei Seiten hat. Kein Wort davon, dass vor den Luftangriffen israelische Städte und Dörfer von Gaza aus Ziel von Hamas-Raketen waren.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang die Haltung des gerne als „Friedenspädagoge“ auftretenden Bernhard Nolz: Der Geschäftsführer des Zentrums für Friedenskultur sprach ein kurzes Grußwort und überbrachte, wie er es nannte, „den Versammelten die solidarischen Grüße der Friedensbewegung“. Wie gewohnt blendete er dabei aus, dass er nicht für die Mehrheit der Siegerländer Friedensgruppen auftrat und auftritt; und er vergaß, dass die seit fast einer Woche laufenden Luftangriffe auf den Gaza-Streifen eine Vorgeschichte haben, dass sie eine Reaktion auf die Raketenattacken sind. Nur dann, wenn sie auch diesen Aspekt des unseligen Konflikts im Nahe Osten mit Worten geißeln, dürfen Siegener Friedensbewegte und Palästinenser Zustimmung erwarten.

Die Zeitungen der WAZ-Gruppe, zu der die Westfälische Rundschau gehört, vertreten in Fragen von Krieg und Frieden immer die Regierungsamtliche Politik. Das hat schon vor Jahren der Chefredakteur der WAZ vor

FriedenswissenschaftlerInnen erklärt. Dass sie es mit Propaganda nicht bewenden lassen, sondern Friedensbewegte diskriminieren und diffamieren, führt uns der Journalist Thomas deutlich vor Augen.

Zwei Wochen später ist es wieder die Westfälische Rundschau (WR), die am 17. Januar 2009 (als einzige Siegener Tageszeitung) eine Presseerklärung veröffentlicht, die mich und die Arbeit des Zentrums für Friedenskultur herab würdigt. Die WR bringt den gekürzten Wortlaut einer Presseerklärung, den die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Siegerland anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens heraus gibt. Die WR formuliert: „Kritik an Nolz. GCJZ kündigt Kooperation mit dem ZFK.“

Presseerklärung

Der Vorstand der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Siegerland e.V. hat in seiner Sitzung am 12.01.2009 einstimmig beschlossen, die Kontakte zum und jede Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Friedenskultur mit sofortiger Wirkung aufzukündigen. (Beides ruht seit längerer Zeit ohnehin.)

Anlass hierfür ist die wiederholte Positionierung des Zentrums und seiner Repräsentanten mit Blick auf den Krisenherd im Nahen Osten, zuletzt dokumentiert durch den Auftritt seines Geschäftsführers Bernhard Nolz bei einer von der palästinensischen Gemeinde Siegen initiierten Demonstration am 31.12.2008 sowie durch den in der Kölner Straße gezeigten Plakatständer.

Die Position des Zentrums und seiner Repräsentanten zeichnet sich, der Lage unangemessen, aus durch ein Schwarz-Weiß-Denken, das die Hamas und die sie unterstützenden Teile der Palästinenser als Opfer, Israel als Täter darstellt. Diese „Sicht“ ist den Ereignissen in Israel/Palästina nicht angemessen, ignoriert sie doch die seit Jahren aus dem Schutz der Zivilbevölkerung heraus vorgenommenen Raketenangriffe auf den Staat Israel und seine Bevölkerung.

Wir wissen um die Opfer unter der palästinensischen Zivilbevölkerung und um das von den Militäraktionen ausgelöste Leid dieser Menschen und bedauern beides. Zugleich können wir aber auch nicht die durch den Hamas-Terror verursachte soziale und psychische Not in Israel sowie die Opfer dort verschweigen.

Die Haltung des Zentrums für Friedenskultur ist hier nicht nur billig – ein so vereinfachendes Denken und Proklamieren kostet nichts (außer Aufrichtigkeit) –, sie ist auch irreführend und (nicht zuletzt angesichts anderer antijüdischer und antiisraelischer Stimmen) verführerisch.

Zugleich fragen wir uns, mit welchem Recht Herr Nolz für sich in Anspruch nimmt, bei der genannten Demonstration „die solidarischen Grüße der Friedensbewegung“, zu der auch wir uns zählen, zu überbringen. Wir sehen darin einen weiteren Versuch, andere Institutionen, insbesondere solche mit einer gewichtigeren Stimme als das Zentrum für Friedenskultur selbst sie bieten kann, zu vereinnahmen. Dagegen wehren wir uns.

Wir fordern das Zentrum für Friedenskultur auf, eine differenziertere Sicht der Wirklichkeit zu kultivieren, auch wenn dies dazu führt, vorerst ggf. schweigen und

denken zu müssen.

Für den Vorstand der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Siegerland e.V.

Heiner Montanus, ev. Vorsitzender

Alon Sander, jüd. Vorsitzender

Werner Stettner, kath. Vorsitzender

Wolfgang Popp und ich haben dem Vorstand einen Brief geschrieben, der im Geist der gewaltfreien Kommunikation verfasst worden ist. Er enthält den Satz: „Wir hoffen, dass es Ihnen zukünftig gelingen wird, Ihre eigenen Positionen ohne die Herabwürdigung Anderer in der Öffentlichkeit vorzutragen.“

Der Standpunkt, den die „Christlich-Jüdische“ vertritt, ist in ähnlicher Form auch von anderen Gruppen aus der Friedensbewegung zu hören. Davon ausgehend habe ich eine widerständische Position entwickelt.

Menschliche Sicherheit statt Kriegspropaganda

Für mich gehört das deutsche „Muss“ einer unbedingten Erwähnung einer angeblichen Bedrohung Israels durch Kassam-Raketen zu den israelischen Propaganda-Inszenierungen, auf die ich nicht reinfallen will. Die Propagandalüge bestätigt sich, wenn man nach den Interessenlagen fragt. Wer hat ein Interesse daran, dass das gegenseitige Bedrohungsverhältnis von 100:1 (Angriffe) als gleichwertig betrachtet wird, wie es Land auf Land ab von uns verlangt wird? Bei den Todesopfern beträgt das Verhältnis sogar über 1000:1! Wer hat ein Interesse daran, dass von einem gleichwertigen Verhältnis die Rede ist?

Hinzu kommt das regierungsamtliche Bekenntnis Merkels und Steinmeiers zur Folgerichtigkeit des israelischen Massakers an der palästinensischen Bevölkerung, für das Hamas die alleinige Schuld trage. Das ist die deutsche Propagandalüge zu Gaza, die die israelische ergänzt und nur noch getoppt werden kann durch das „Deutsche Verantwortungs“ Geschwafel, das zwischen Größenwahn und Selbsterniedrigung hin und her schwankt und jede Kriegsbeteiligung Deutschlands in einen humanitären Akt uminterpretieren möchte. Auf diese Weise sollen die deutschen Waffen für Israel gleich zweimal für den Frieden gesegnet werden: Sowohl als deutsche Waffenlieferungen an Israel als auch als israelische Kriegswaffen gegen Palästinenser.

Nach deutschem Recht dürfen Waffen an Israel gar nicht geliefert werden. Und für die deutsche Propagandalüge von den deutschen „Friedenswaffen“ im israelischen Verteidigungskampf gegen Hamas ließen 1300 PalästinenserInnen ihr Leben.

Was sind die (beabsichtigten) Folgen der israelisch-deutschen Kriegspropaganda?

Wir können uns aus der Kriegslogik nicht lösen, die auch unser Sicherheitsdenken und -fühlen beherrscht. Wer hat ein Interesse daran, dass wir die Kriegslogik nicht hinter uns lassen können?

Politischer Widerstand macht ein Umdenken erforderlich, das dem UN-Konzept der „Menschlichen Sicherheit“ zum Durchbruch verhilft. Dann besteht die staatliche Aufgabe darin, die menschlichen Sicherheitsbedürfnisse, das sind die Friedensbedürfnisse der Menschen, zu erfüllen. Dazu gehören die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Nahrung, Wohnung und Kleidung ebenso wie die kulturellen und die Informationsbedürfnisse, das Recht auf ein Leben in Frieden und das Recht auf Bildung und Arbeit.

Es ist nicht mehr erträglich, dass die politische Klasse sich das Recht herausnimmt, Kriege zu führen, Leben, Hab und Gut, Hoffnungen und die Umwelt zu zerstören und die öffentlichen Kassen auszuplündern, so als gäbe es keine gewaltfreien, nachhaltigen und gerechten Alternativen.

Es ist an der Zeit, die Unterstützungsgelder für Israel solange nach Palästina umzuleiten, bis die materiellen Schäden in Gaza wieder gut gemacht worden sind. Wenn Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurück gezogen hat, werden die Palästinenser auch keine Raketen mehr auf israelische Siedlungen abschießen, weil sie ihnen gehören werden.

Der Friedensforscher Johann Galtung, der seit Jahrzehnten konstruktive Wege für einen Frieden in Israel/Palästina erarbeitet hat, kommt im **Friedensboten** mit viel besseren Vorschlägen, als ich sie machen kann, zu Wort.

In Siegen wird es nun darauf ankommen, bei BürgerInnen und PolitikerInnen dafür zu werben, eine offizielle Patenschaft für den Wiederaufbau in Gaza oder für die Hilfe in den anderen palästinensischen Gebieten zu übernehmen.

Eine andere Idee zur solidarischen Hilfe ist es, Geld bereit zu stellen für die Ausbildung von jungen Menschen aus dem Siegerland als Friedensfachkräfte. Sie können dann als FriedensbotschafterInnen des Siegerlandes nach Palästina oder in andere Regionen, wo der Frieden stabilisiert werden soll, gehen.

Der **Siegener Friedensbote** erscheint unregelmäßig und setzt sich mit aktuellen Fragen der Friedenskultur in unserer Stadt auseinander. Der **Siegener Friedensbote** stellt gesellschaftspolitische Ereignisse zur Diskussion, analysiert sie aus einer friedenswissenschaftlichen Perspektive und versucht Antworten für die kommunale Praxis zu geben. Ältere Ausgaben des **Siegener Friedensboten** sind vergriffen. Erhältlich ist die Ausgabe „Käthe Kollwitz“ von August 2008, die im Rahmen der kommunalen Veranstaltungsreihe „Literatur am Sonntag Nachmittag“ entstanden ist.

Das Zentrum für Friedenskultur

Das Zentrum für Friedenskultur (ZFK) ist eine Einrichtung der Gesellschaft für Friedenserziehung e.V., der Initiative Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) und des Forschungs- und Lehrgebiets Friedenserziehung an der Universität Siegen. Ziel der Arbeit im ZFK ist es, sich aktiv mit Fragen der Förderung einer Kultur des Friedens auseinander zu setzen. Friedenskultur meint dabei die Förderung von Gewaltfreiheit, Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Alltag. In diesem Sinne beschäftigt sich das ZFK vor allem mit Fragen der interkulturellen Bildung und der Umweltbildung, mit Erscheinungen von Rassismus, Rechts extremismus und Neofaschismus, mit der Festigung eines gewaltfreien Zusammenlebens zwischen unterschiedlichen religiösen, kulturellen und ethnischen Gruppen und zwischen den Generationen.

Leiter des ZFK ist seit seiner Einrichtung im UNO-Jahr für eine Kultur des Friedens 2000 Prof. em. Dr. Wolfgang Popp, der zugleich das Forschungs- und Lehrgebiet Friedenserziehung der Universität Siegen verantwortet.

Geschäftsführer ist der Lehrer i.R. Bernhard Nolz, Aachener Friedenspreisträger und Träger des Zivilcouragepreises der Solbach-Freise-Stiftung, Sprecher der Initiative Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) und Vorsitzender des Bundes für Zivile Verteidigung (BSV). Projektleiter für die Jugendarbeit ist Jan Meyer-Krügel, der zugleich das Dunkelcafé im ZFK leitet.

Unterstützungsmöglichkeit

Es besteht die Möglichkeit der Gesellschaft für Friedenserziehung beizutreten und das ZFK damit zu unterstützen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 3 Euro pro Monat. Mitglieder der Gesellschaft erhalten die Publikationen des ZFK kostenlos.

Konto 2152056, Sparkasse Siegen, BLZ 46050001

Die Gesellschaft für Friedenserziehung e.V.

Sie verantwortet als gemeinnütziger Verein die gesamte Arbeit des Zentrums für Friedenskultur und der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden im zivilrechtlichen Sinne. Sie finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden, die sie in die Arbeit der genannten Einrichtungen investiert.

Die Gesellschaft für Friedenserziehung ist Träger der freien Jugendhilfe und Mitglied im Trägerkreis „Friedenspädagogischer Bildungseinrichtungen“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung.

Das Forschungs- und Lehrgebiet Friedenserziehung an der Universität Siegen

Es besteht seit 1987 und wird geleitet von Prof. Dr. Wolfgang Popp. In Verbindung mit der bundesweiten Initiative „Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden“ gibt es die friedenspädagogische Zeitschrift „et cetera ppf“ und die Buchreihe „Friedenskultur in Europa“ heraus. Es arbeitet mit im Arbeitskreis Friedenswissenschaft NRW und bei der Betreuung des Studiengangs „Peace Studies“ der Fernuniversität Hagen. Im Rahmen des Lehrgebietes führt Prof. Dr. Wolfgang Popp seit Gründung in nahezu jedem Semester ein Seminar zu speziellen Themen der Friedenserziehung durch. Seit seiner Emeritierung finden die Seminare im Zentrum für Friedenskultur statt. Sie beschäftigen sich vor allem im Rahmen des Studiengangs „Literary, medial and cultural studies“ des Fachbereichs 3 der Universität mit Fragen der Integration von MigrantInnen in die deutsche/Sieger Mehrheitsgesellschaft und dem interkulturellen Dialog.

Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)

Eine Initiative von friedenspädagogisch engagierten LehrerInnen und ErzieherInnen, die bundesweite und internationale Seminare und Kongresse zu verschiedenen Themen der Friedenserziehung organisiert. Sie arbeitet mit in der Kooperation für den Frieden, im Herausgeberkreis der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“, beim „Kasseler Friedensratschlag“, bei International Association Educators for Peace (IAEP) sowie EURED – Friedenserziehung in Europa.

Weitere Publikationen des ZFK

et cetera ppf

Friedenspädagogische Zeitschrift der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden und des Forschungs- und Lehrgebiets Friedenserziehung an

der Universität Siegen. Sie erscheint 2 bis 3 Mal im Jahr und ist gegliedert nach friedenspolitischen Schwerpunktthemen und Beiträgen für die praktische Friedenserziehung.

Panorama

Interkulturelle Zeitschrift für das Siegerland. Erscheint vierteljährlich. In fünf bis sechs Sprachen (deutsch, englisch, französisch, türkisch, russisch, arabisch) werden Themen der Integration von Zugewanderten, des interkulturellen Dialogs in Siegen und im Siegerland behandelt. Die Zeitschrift arbeitet zusammen mit dem Integrationsrat der Stadt Siegen und mit den unterschiedlichsten migrantischen Organisationen, Gruppen und Initiativen im Siegener Raum.

Buchreihe: Friedenkultur in Europa

Materialien zur Friedenserziehung

Hrsg. von Bernhard Nolz und Wolfgang Popp.

Band 1: Miteinander leben – Voneinander lernen. Perspektiven für die Entwicklung einer Kultur des Friedens in Europa, Münster, LIT-Verlag 1999

Band 2: Lesebuch I: Dreißigjähriger Krieg. Eine Textsammlung aus der Barockliteratur, Münster, LIT-Verlag 1998

Band 3: Lesebuch II: Dreißigjähriger Krieg. Literarische Texte von 1791 bis 1998, Münster, LIT-Verlag 1999

Band 4: Erinnerungsarbeit. Grundlagen einer Kultur des Friedens, Münster, LIT-Verlag 2000



Täglich nach Vereinbarung

0271-2367694 oder 0176-24820724

info@zfk-siegen.net

Café Fair

Getränke und Speisen zu fairen Preisen

Mo – Fr 10.00 – 22.00 Uhr ■ Sa 10.00 – 22.00 Uhr ■ So 14.00 – 20.00 Uhr

Café Blau

Treffpunkt für Menschen ■ Di – Mi - Do von 14.00 – 18.00 Uhr